



Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -

am 17.09.2009

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:10 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 14 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Bode
Frau Stadträtin Drews
Herr Stadtrat Dullenkopf
Herr Stadtrat Funk
Herr Stadtrat Hagel
Herr Stadtrat Heinkele
Frau Stadträtin Kübler
Herr Stadtrat Lemli
Herr Stadtrat Dr. Schmid
Herr Stadtrat Späh
Herr Stadtrat Walter
Herr Stadtrat Wiest

Stellvertreter/in:

Herr Stadtrat Aßfalg
Frau Stadträtin Goeth

entschuldigt:

Frau Stadträtin Handtmann
Herr Stadtrat Zügel

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung	
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen	
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait	
Herr Buchmann, Kulturamt	
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt	
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg	
Herr Laub, Tiefbauamt	
Frau Leonhardt	ab TOP 4
Herr Maucher, Umweltschutz	ab TOP 5.1
Herr Morczinietz, Bildung, Betreuung und Sport	
Herr Simon, Hauptamt	ab TOP 4
Herr Walz, Gebäudemanagement	
Herr Erster Bürgermeister Wersch	ab TOP 2

Gäste:

Frau Authaler, Bündnis Familie Biberach	ab TOP 5.1
---	------------

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Begrüßung	
2.	Bekanntgabe eines in nichtöffentlicher Sitzung des Hauptausschusses gefassten Beschlusses	157/2009
3.	Sanierung Luftbefeuchtung Stadthalle	170/2009
4.	Änderung der Erschließungsbeitragssatzung vom 20. Februar 2006	160/2009
5.1.	Verschiedenes: Finanzsituation	
5.2.	Verschiedenes: Wieland-Ausstellung	
5.3.	Verschiedenes: Radweg vom Burren-Parkplatz Richtung Burren	
5.4.	Verschiedenes: Bericht Einsparungen und Bildung	

Die Mitglieder wurden am 10.09.2009 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 11.09.09 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Begrüßung

OB Fettback begrüßt zur ersten Sitzung des neuen Gemeinderats nach der Sommerpause. BM Kuhlmann und Herr Dr. Riedlbauer befänden sich noch im Urlaub. Es stünden große Aufgaben an und man müsse die Finanzkrise meistern. Hierbei sei ein offener, transparenter Weg wichtig, wobei letztlich die Entscheidung immer beim Gemeinderat liege. Das finanzielle Niveau Biberachs sei aber nach wie vor besser als das der meisten Gemeinden des Landes. Man rechne mit 40 – 45 % Einbruch bei den Gewerbesteuereinnahmen.

**TOP 2 Bekanntgabe eines in nichtöffentlicher Sitzung des Hauptausschusses
gefassten Beschlusses**

157/2009

Dem Hauptausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 157/2009 zur Information vor.

Eine Aussprache findet nicht statt.

Damit hat der Hauptausschuss Kenntnis genommen.

Dem Hauptausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 170/2009 zur Beschlussfassung vor.

StR Dullenkopf meint, es handle sich um eine typische Bauausschuss-Vorlage. Der Bauausschuss habe sich viele hundert Stunden mit diesem Thema beschäftigt und dabei müsse auch die Belüftung eine Rolle gespielt haben. Die letztlichen Schäden seien aus der Vorlage nicht erkennbar und was gemacht werden solle. Er bittet, dies darzustellen. Zur Finanzierung der Maßnahme würden die Kosten vorgesehen, die man bei Beratung des Konjunkturprogramms II abgelehnt habe. Es erscheine ihm fragwürdig, diese Mittel nun doch zu verwenden. In der Vorlage damals sei die Rede von Arbeitsüberlastung gewesen, die dann jedoch immer noch gelten müsste.

StR Lemli wirft die Frage auf, warum diese Maßnahme nicht im Rahmen der Gesamtsanierung durchgeführt worden sei und welche Schäden noch schlummerten.

StRin Goeth bemerkt, man erkenne die Notwendigkeit der Maßnahme, sei aber nicht mit dem Finanzierungsvorschlag einverstanden. Die Begehbarkeit des Gigelturms sei eine Chance für den Tourismus, weshalb man diese Frage im Zusammenhang mit der „Liste der Grausamkeiten“ diskutieren wolle. Sie **beantragt**, eine andere Gegenfinanzierung zu suchen oder aber zu erklären, dass kein Verzicht auf die Begehbarkeitsmachung des Gigelturms erfolge, sondern diese Maßnahme nur verschoben sei.

StR Dr. Schmid schließt sich diesen Ausführungen an und plädiert, die Maßnahme Gigelturm nicht auf Dauer zu streichen.

Auch StR Funk hält den Bauausschuss für zuständig. Die Maßnahme insgesamt sei ärgerlich. Er bezeichnet die Stadthalle als Fortsetzungsgeschichte und Millionengrab. Er hält ein Kataster über künftig anfallende Sanierungen und eine Darstellung der Kosten eines Gebäudes für erforderlich. Er fragt, seit wann bekannt sei, dass das Parkett Schaden nehme.

OB Fettback stellt klar, die vorgeschlagene Gegenfinanzierung bedeute nicht, dass die Maßnahme Herstellung der Begehbarkeit Gigelturm gestrichen werde. Man habe sie jedoch auf die Agenda der rückstellbaren Maßnahmen gesetzt, so lange die Situation so sei, dass deutlich geringere Gewerbesteuererinnahmen zu erwarten seien, was für die Jahre 2010 bis 2013 gelten werde, wenn alles so komme wie angenommen. Er gibt zu bedenken, würden alle ursprünglich vorgesehenen Maßnahmen realisiert, wäre am Ende des Finanzplanungszeitraums die momentan liquide Masse von 106 Mio. Euro zu 95 % aufgebraucht. Einen derartigen Haushaltsplan werde man dem Gemeinderat nicht vorlegen. Allerdings werde man durchaus einige Investitionen tätigen, manches aber schieben. Er **sagt zu**, die Maßnahme auch im Bauausschuss zu beraten.

EBM Wersch führt aus, die Diskussion über Finanzen gehöre klassisch in den Hauptausschuss. Wenn dann müsse man das Thema im Hauptausschuss und im Bauausschuss behandeln.

Herr Walz lässt wissen, im Rahmen der Sanierung der Stadthalle habe es viele Wünsche gegeben, die Ausgaben seien jedoch gedeckelt worden und man habe nur das absolut Notwendige gemacht. Man habe gedacht, die Lüftung funktioniere noch länger. Ähnlich habe man vor kurzem bezüglich der Sanierung des Dachs beim PG entschieden. Man habe die Hoffnung, dass die Risse im Parkett der Stadthalle sich wieder etwas verkleinerten. Ein Zufügen wäre nur eine kurzfristige

Behelfsmaßnahme. Er appelliert, die Maßnahme nicht zu schieben, da sonst wahrscheinlicher werde, dass das Parkett ausgewechselt werden müsse.

Herr Buchmann lässt wissen, aus seiner Sicht müsse man noch den Bühnenboden im Auge behalten. Womöglich halte er noch länger, dies sei aber ungewiss. Man sei nahe an der Belastungsgrenze, auch durch Vorgaben von Bühnen, die ins Haus kämen. So müsse der Boden 500 kg/m² aushalten. Durch Luftfeuchtigkeitsmessungen sei im Vorjahr offensichtlich geworden, wie gering die Luftfeuchtigkeit sei. Dies könne auch gesundheitliche Schäden nach sich ziehen.

Herr Walz fügt an, die Pumpen der Heizanlage müssten in absehbarer Zeit ausgetauscht werden, da sie ihre Leistungsgrenze erreicht hätten. Diese Maßnahme koste ca. 40.000 € und sei auch energetisch sinnvoll. Er bestätigt auf Nachfrage, dass momentan keine aufwendige Parkettsanierung erforderlich werde, ohne eine Sanierung der Luftbefeuchtungsanlage könne man jedoch auf Dauer kein Parkett im Gebäude haben.

StR Funk fände es richtig und wichtig, die Vorlage im Bau- und Hauptausschuss zu behandeln. Diese Frage müsse aber auch generell geklärt werden. Er fragt, ob eine Hauptsatzungsänderung erforderlich sei, was OB Fettback verneint. Bei der Überschneidung von Geschäftskreisen würden Vorlagen automatisch in beiden Ausschüssen behandelt.

StR Funk meint, seines Erachtens stünden bei jedem Gebäude nach 20 bis 25 Jahren erste Instandhaltungsmaßnahmen an. Dies gelte auch für städtische Gebäude. Schlecht sei, dass aufgrund Personalmangels die Schäden so spät festgestellt worden seien.

StR Lemli fände es nicht sinnvoll, Vorlagen des Gebäudemanagements immer in beiden Ausschüssen zu behandeln. Dabei hebt er auf die Arbeitsbelastung des Gemeinderats ab. Statt dessen solle man beobachten, was beim Gebäudemanagement laufe. Schließlich fänden auch Fraktionsberatungen statt, bei denen auch die Spezialisten der anderen Ausschüsse zugegen seien.

OB Fettback lässt wissen, ihm schwebte zur Entscheidung über das Verschieben von Maßnahmen eine Matrix mit Bewertungskriterien vor, in der zu einzelnen Maßnahmen die aktuelle Beschlusslage dargestellt und eine Aussage getroffen werde, wann die Investition neu vorgesehen sei.

Vorbehaltlich der Beschlussfassung des Bauausschusses fasst der Hauptausschuss ohne weitere Aussprache einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Sanierung der Luftbefeuchtungsanlage der Stadthalle wird zugestimmt.**
- 2. Die Gesamtkosten in Höhe von voraussichtlich 58.000 € netto werden überplanmäßig auf der Haushaltsstelle 1.8400.500000.2 bereitgestellt. Zur Finanzierung wird auf die Herstellung der Begehbarkeit des Gigturms unter Haushaltsstelle 1.3420.500000.0 in Höhe von 80.000 € verzichtet.**

Dem Hauptausschuss liegt die Drucksache Nr. 160/2009 zur Vorberatung vor.

OB Fettback betont, dass die Anpassung nur Gesetzesänderungen nachvollziehe und keine inhaltlichen Veränderungen erfolgten.

StR Dullenkopf gibt zu verstehen, er hätte sich detailliertere Erläuterungen gewünscht. Im April habe man die Frage thematisiert und nun werde erst eine Vorlage unterbreitet. Man wolle wissen, welche Kosten für den einzelnen Gebührenschuldner entstünden. Wer erhalte nach dem 8. Mai eine Rechnung über Maßnahmen, die vor dem 8. Mai eingeleitet worden seien in dem Wissen, dass die Gemeinde 10 % der Kosten übernehme? Er bittet darzulegen, welche Größenordnung der nun höhere Prozentanteil der Eigenbeteiligung bei den einzelnen ausmache.

Auch StRin Kübler kritisiert die Vorlage, die leichter verständlich wäre, wenn nicht nur die Paragraphen genannt würden. Sie appelliert, künftig allgemein verständlichere Texte zu formulieren. Es bleibe nichts anderes übrig als zuzustimmen, auch wenn die Gestaltungsfreiheit der Kommunen durch das Land eingeschränkt werde. Sie fragt, ob überlegt worden sei, wie eine Entlastung der Betroffenen aussehen könnte und ob dies beispielsweise über den Bauplatzpreis geschehen könne. Sie bittet die Zahl nachzureichen, welche finanziellen Auswirkungen die Änderung für einzelne habe.

StR Heinkele schließt sich seinen Vorrednern an und bittet Ziffer 1c näher zu erläutern.

StR Späh fragt, ob noch weitere Verfahren bestünden, die nicht abgeschlossen seien. Ferner fragt er, ob sich das Gesetz auch auf Friedhofsgebühren beziehe.

Herr Laub trägt vor, die Erschließungsbeiträge in Biberach machten 20 – 50 €/m² Grundstücksfläche aus. Im Gebiet Klotzholzäcker machten somit 5 % mehr ca. 700 € aus. Im Talfeld sei der Beitragssatz höher und somit auch die Auswirkungen größer. Manche Gemeinden hätten einfach nur 5 % übernommen, was nach einem VGH-Urteil jedoch nicht richtig sei, weshalb manche Erschließungsbeitragssatzung für nichtig erklärt werde, da sie gegen Äquivalenzbestimmungen verstoße. Daher sei der Gesetzgeber aktiv geworden. Bei normalen Bauplatzgrößen entstünden für die Beitragspflichtigen zwischen 500 und 1.000 € Mehrkosten. Maßgebend für das Entstehen der Beitragspflicht sei immer der Eingang der letzten Unternehmerrechnung. Das letzte fertig gestellte Gebiet sei 2008 der Hans-Felber-Weg gewesen. Es sei noch kein einziger Bescheid mit einem Beitrag über die 95 % herausgegangen.

Ziffer 1c der Vorlage regle, dass auch Werte aus dem Umlegungsverfahren beitragsfähigen Aufwand darstellten. Das einzige noch nicht abgeschlossene Verfahren aus dem Abrechnungsgebiet sei die Wolfentalstraße. Daher wolle man die alte Satzung beibehalten, um dieses Gebiet abrechnen zu können. Ansonsten seien ihm keine Gebiete bekannt, die noch nicht abgerechnet seien.

Herr Brugger lässt wissen, die Regelung im Kommunalabgabengesetz betreffe die Friedhöfe nicht.

Ohne weitere Aussprache fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

Dem Gemeinderat wird empfohlen, gemäß dem Beschlussantrag der Verwaltung zu beschließen.

TOP 5.1 Verschiedenes: Finanzsituation

StR Späh zeigt sich ob der Eingangsausführungen von OB Fettback irritiert. Er erinnere sich daran, dass die Verwaltung bereits 2009 Einsparungen geplant habe und hierzu eine Liste vorlegen wollte. Er fragt, ob dies auf 2010 verschoben worden sei.

OB Fettback verneint dies. Seine Aussagen hätten sich auf den Haushalt 2010 bezogen. Zum Quartalsbericht werde man eine Liste der Maßnahmen vorlegen, die das Jahr 2009 betreffen. Der Quartalsbericht werde Mitte Oktober vorgelegt.

TOP 5.2 Verschiedenes: Wieland-Ausstellung

StR Dullenkopf bringt vor, viele Bürger hätten nachgefragt, warum die Wieland-Ausstellung im Gebäude Zeughausgasse 4 so schnell und nahezu sang- und klanglos verschwunden sei, ob es hierzu einen Gemeinderatsbeschluss gebe und ob ein Konzept vorgestellt werde. Ferner bittet er darzulegen, was an dem Gerücht zutrefte, was bezüglich der Weber geplant sei.

OB Fettback verweist auf einen Brief an die Fraktionsvorsitzenden, der sich auf ein Schreiben der Stadtführer beziehe. Herr Dr. Riedlbauer habe kommuniziert, dass mit der Fertigstellung der Wieland-Gartenhäuser die Ausstellung im Gebäude Zeughausgasse 4 ende. Es mache keinen Sinn, beide Ausstellungen parallel laufen zu lassen. Dies wäre auch personell gar nicht leistbar. Er bezeichnet es als legitim, dass die Verwaltung Überlegungen anstelle und nichtöffentlich die Meinung des Gemeinderats einhole. Dies sei bezüglich der Zeughausgasse 4 erfolgt. Nach der Diskussion habe er die Vorlage zurückgezogen. Der Verkauf des Gebäudes sei daher vom Tisch. Parallel habe sich der Förderverein Museum mit dem Thema beschäftigt.

TOP 5.3 Verschiedenes: Radweg vom Burren-Parkplatz Richtung Burren

StR Dullenkopf bringt vor, im Gemeinderat sei thematisiert worden, dass eine Asphaltierung des Weges geplant sei, was seines Erachtens auf allgemeine Zustimmung gestoßen sei, da dies der Komplettierung des Radwegenetzes diene. Nun habe er gehört, dass nach der Reaktion des BUND die Stadt mit der Maßnahme nicht mehr einverstanden sei und der Weg direkt entlang der B 312 errichtet werden solle, was einen Eingriff in den Baumbestand der Traufbäume erforderlich machte. Er fragt, ob diese Gerüchte zutreffend seien und in wessen Besitz der Wald sei.

OB Fettback antwortet, es handle sich um städtischen Wald. Es sei nicht richtig, dass man einen Radweg entlang der B 312 gefordert habe. Er könne sich allerdings auch nicht an eine große Zustimmung im Gemeinderat erinnern. Man habe das Thema in der Verwaltung strittig diskutiert. Es handle sich um eine Bundesmaßnahme, die über das Land Baden-Württemberg abgewickelt werde. Die Stadt werde nur als Grundstückseigentümer und Träger öffentlicher Belange gehört. Die Stellungnahme der Verwaltung an die Straßenbaubehörde sei abschlägig gewesen. Es bestehe ein Konflikt mit den Nutzern des Naherholungsgebiets Burren. Ferner habe man bewertet, dass die Stadt später die Folgekosten dieses asphaltierten Weges tragen müsste. Es handle sich dabei nicht nur um einen Trimm-Dich-Pfad, sondern um einen Wirtschafterschließungsweg für Baumrückemaßnahmen und ähnliches, weshalb regelmäßige Schäden zu erwarten seien. Man halte es für Radler für zumutbar, diese kurze Strecke auf einem befestigten, aber nicht geteerten Radweg zurückzulegen. Der Radweg entlang der B 312 sei einmal im Gespräch gewesen, aber vom Forstamt aus den genannten Gründen abgelehnt worden.

TOP 5.4 Verschiedenes: Bericht Einsparungen und Bildung

StRin Goeth spricht einen Artikel in der Schwäbischen Zeitung zum Thema Einsparungen an, in dem ausgeführt worden sei, dass diese nicht im Bereich Bildung erfolgten. Bei den Schulen stoße diese Pauschalaussage auf Kritik, da sie 2009 eine 5%ige Budgetkürzung erfahren hätten und in den nächsten Jahren würden es 20 % sein. Man solle daher deutlich machen, dass auch die Schulen ihren Beitrag leisteten, ohne dass dies der Bildungsqualität einen Abbruch tue.

Hauptausschuss, 17.09.2009, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
Stadtrat:	Wiest
Stadträtin:	Goeth
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Kuhlmann